Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 158 (1992)

Heft: 1

Artikel: Auch in Schweden : bewaffnete Neutralität auf dem Prüfstand

Autor: Rossander, Erik

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-61703

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.07.2025

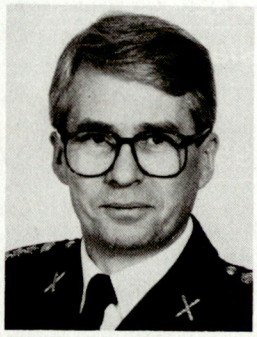
ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

ERSCHLOSSEN EMDDOK
MF 408 / 1419

Auch in Schweden: Bewaffnete Neutralität auf dem Prüfstand

Erik Rossander

Die Europäische Gemeinschaft wirft ihre Schatten. Neutrale Beitrittskandidaten sehen ihre aussenpolitischen Programme und Maximen in Frage gestellt. Den in einer Sonderbeilage der ASMZ vorgelegten Schweizer Stimmen folgt hier die Antwort eines schwedischen Strategen auf die Frage, ist Neutralität noch wünschenswert, möglich, realistisch? H.B.



Eric Rossander, Brigadegeneral, Stockholm; Stellvertretender Kommandant der Schwedischen Stabs- und Kriegsakademie, Zuständig für strategische und operative Schulung der kombinierten Truppengattungen Heer, Marine, Luftwaffe.

Am 4. Oktober 1991 gab der neue Ministerpräsident seine Regierungserklärung ab. Darin hiess es u.a.: «... die Regierung wird alles daransetzen, Schweden so schnell wie möglich zu einem vollwertigen Mitglied der Europäischen Gemeinschaft zu machen ...» Der Ministerpräsident erklärte aber auch: «... die schwedische Sicherheitspolitik, deren prinzipielle Linie umrissen werden kann ‹allianzfrei im Frieden, im Krieg nach Neutralität strebend›, ändert sich im Grundsatz nicht ...»

Die schwedische Sicherheitspolitik mit ihrem charakteristischen Merkmal, der Neutralität, hat sehr flexibel und anpassungsfähig lange und unter den unterschiedlichsten Bedingungen überlebt. Es wird für gewöhnlich behauptet, diese Politik wäre seit der von König Karl XIV. Johan nach dem Krieg 1813–1814 abgegebenen Neutralitätserklärung bis in unsere Tage verfolgt worden. Das jedoch stimmt nicht ganz. Wie der Direktor des Aussenpolitischen Instituts Bo Huldt, der in seinem Buch «Svensk neutralität, Europa och EG (Utrikespolitiksa Institutet, Stockholm, 1991)» zeigt, hat Schweden seine Neutralität bereits früher mehrmals erklärt, sie aber unter Oscar I. auch 1848 im dänisch-schleswigschen Krieg und 1851 im Krimkrieg gebrochen. Doch es steht fest: Während der 250 Jahre vor 1815 befand sich Schweden 125 Jahre im Krieg, während es danach 175 Jahre in Frieden gelebt hat. Es stimmt weiterhin, dass diese Neutralität sowohl im Ersten als auch im Zweiten Weltkrieg nur mit erheblichen Abstrichen eingehalten wurde. Nach 1945 hat sich die schwedische Neutralitätspolitik nach und nach von einer pragmatischen, allianzfreien Politik, die gestützt auf eine starke schwedische Verteidigung *danach strebte,* im Krieg neutral zu bleiben, zu einer dogmatischen Neutralitätspolitik entwickelt. Die Neutralität als solche war das Ziel, und ihr wurde ein höherer ethischer und moralischer Wert zugeschrieben als der Alternative, sich einem der sich um die Supermächte gebildeten Blöcke anzuschliessen.

Aber wird die schwedische Neutralitätspolitik auch nach dem Beitritt zur EG durchzuhalten sein? Oder anders ausgedrückt:

- Ist Neutralität weiterhin wünschenswert?
- Ist sie tatsächlich möglich?
- Ist sie realistisch?

Wünschenswert

Ist Neutralität weiterhin wünschenswert? Ja – meinen zweifellos die meisten Schweden. Das geht vielleicht am deutlichsten aus der Regierungserklärung vom 4. Oktober und aus der vom damaligen Ministerpräsidenten anlässlich des schwedischen Beitrittsgesuchs zur EG abgegebenen Erklärung hervor. Darin heisst es: *«... die Planung der Sicherheitspolitik muss immer berücksichtigen, dass auch das Unvorhergesehene eintreffen kann. Neue Spannungen können entstehen, und Krieg kann nicht kategorisch ausgeschlossen werden. Deshalb halten wir an der Neutralitätspolitik fest ...»* Der Reichstag hat sich dafür ausgesprochen, dass Schweden den Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft unter Beibehaltung seiner Neutralitätspolitik anstreben soll.

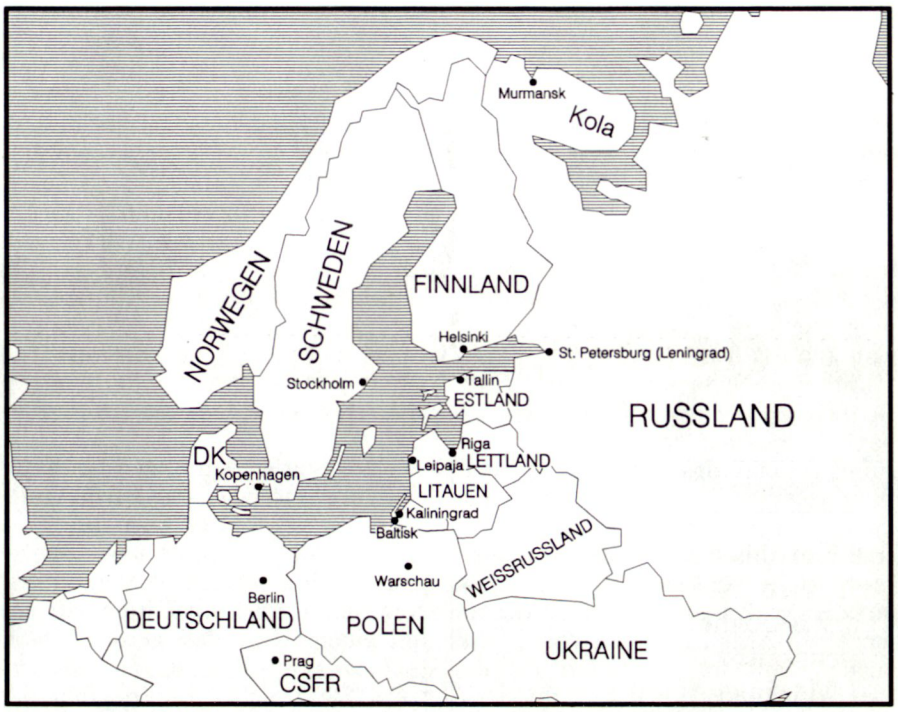
Für diese Haltung gibt es vor allem zwei Gründe. Erstens gilt: «Never change a winning team». Es erfordert, gelinde gesagt, ein erhebliches pädagogisches Geschick, der schwedischen Bevölkerung zu erklären, weshalb die Neutralitätspolitik, die das Land aus zwei Weltkriegen herausgehalten hat, plötzlich falsch ist. Die Idee der Neutralität hat tiefe Wurzeln im Bewusstsein des schwedischen Volkes. Sie sitzt sogar so tief, dass während des Golfkrieges Anfang 1991 von verschiedener Seite behauptet wurde, Schweden könnte aufgrund dieser Neutralität nicht wie Dänemark und Norwegen militärisch eingreifen. Das, obwohl Schweden die Rolle der UNO für die Aufrechterhaltung der internationalen Ordnung stark betont.

Zuweilen hat man gemeint, politisches Kapital herausschlagen zu können, wenn man den Gegner der «sicherheitspolitischen Abenteuerlichkeit» bezichtigte, weil er zu wenig Respekt für die Neutralität zeige. Das bekannteste Beispiel hierfür aus jüngster Zeit sind Olof Palmes diesbezügliche Beschuldigungen des damaligen

Oppositionspolitikers und heutigen Ministerpräsidenten Carl Bildt in den 1980er Jahren. Zum anderen ist die Auffassung weit verbreitet, dass es auch weiterhin sehr gute Gründe für die Neutralität gibt. Gewiss, was die Entspannung betrifft, herrscht beinahe Euphorie. «End of History» verkündete Francis Fukuyama 1990 und erklärte die Demokratie zur Siegerin im ideologischen Ringen. Die Rivalität zwischen der kommunistischen Sowjetunion und dem demokratischen Westen (USA), in deren Frontlinie Schweden das Pech hatte zu liegen, kann somit als überwunden gelten. Die beachtliche Abrüstung in Ost und West, sowohl was konventionelle als auch atomare Waffen betrifft, hat dieses Gefühl von grösserer Sicherheit noch bestärkt. Andererseits ...

Wie werden sich die Dinge im *sowjetischen Russland* entwickeln? Trotz aller seiner gegenwärtigen ungeheuren Probleme ist Russland eine Grossmacht, ja sogar eine militärische Supermacht. Wie in den 1920er Jahren zieht man sich jetzt zurück, um das Kerngebiet zu festigen. Auf längere Sicht aber wird Russland zusammen mit seinen alliierten Republiken seinen Platz unter den führenden Weltmächten zurückfordern. Was geschieht dann in den Grenzgebieten? Die baltischen Staaten haben ihre rechtmässige Selbständigkeit und Souveränität zurückerlangt, die geographischen Gegebenheiten jedoch vermögen sie nicht zu ändern. Sie bilden mit Finnland eine Barriere zwischen Russland und der Ostsee. Die baltischen Staaten werden aber, wie früher schon, grosse Schwierigkeiten haben, selber ihre Souveränität militärisch zu behaupten. Es wird grosses sicherheitspolitisches Geschick erfordern, diese Situation in Zukunft zu meistern. Zuvor werden Russland und die übrigen 11 Republiken mehr oder weniger gewaltsame Veränderungen durchmachen. Mit Sicherheit werden die nächsten Jahre durch politische Machtkämpfe, Probleme mit den ethnischen Minderheiten und Grenzkonflikte gekennzeichnet sein.

Ausserdem darf man *nicht übersehen, dass die Abrüstung Zentraleuropa betraf, nicht die Nordflanke.* In den Wehrbereichen Weissrussland und St. Petersburg (Leningrad) existiert weiterhin ein beachtliches militärisches Potential. In den Flottenstützpunkten Kaliningrad (Königsberg) und Baltisk, die immer noch in einer rein russischen, von Polen und Litauen umschlossenen Enklave liegen, sowie in Leipaja und Tallinn befinden sich 20–30% der russischen Flotte und der Werftkapazitäten für Reparaturen; ausserdem stehen dort beachtliche Landstreitkräfte.



Skandinavien / Baltikum

Die Basen auf der Halbinsel Kola haben eher an Grösse und Bedeutung gewonnen.

Je mehr atomare Waffen verschrottet werden, desto wichtiger wird es, die verbleibenden zu unterhalten und dabei in erster Linie die, mit denen die in Murmansk stationierten strategischen U-Boote bestückt sind.

Da die nahe Zukunft sicherlich unruhig sein wird, mag es als richtig erscheinen, den Norden als ein stabiles Gebiet zu bewahren, und so gesehen, dürfte ein neutrales Schweden vorzuziehen sein.

Wie in früheren Zeiten Finnland und Schweden ihre jeweilige Sicherheitspolitik dank gegenseitiger Unterstützung zu entwickeln vermochten, könnte nun Schweden, indem es weiterhin an der Neutralität festhält, die übrigens keineswegs problemlose Entwicklung der baltischen Staaten begünstigen. Es ist verständlich, dass der Reichstag noch nicht bereit ist, die Neutralität aufzugeben. Man weiss, woran man ist, aber nicht was man sich einhandelt. Doch das darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass vor allem die westlichen Grossmächte, aber auch die Sowjetunion der Neutralitätspolitik misstraut haben (vgl. Lev Voronkov 1984). Unsere der NATO angeschlossenen Nachbarländer empfinden die Neutralität mitunter als erschwerend für die zwischenstaatlichen Beziehungen.

Möglich?

Ist es tatsächlich möglich, der EG anzugehören und «neutral» zu sein? Auch diese Frage kann, wenn auch mit gewissen Einschränkungen, mit ja beantwortet werden. Erstens ist die schwedische Neutralität nicht vertraglich festgelegt. Sie bezieht sich ausdrücklich auf den Kriegszustand und wird in der Regierungsvorlage 1988/89:100 als *«Allianzfreiheit im Frieden, nach Neutralität im Krieg strebend»* formuliert. Schweden hat sich immer Versuchen widersetzt, die Neutralität vertraglich zu regeln – «unsere Neutralität wählen wir selber», unterstrich Olof Palme wiederholt, und dank dieser Einstellung haben wir vermieden, neutral zu sein, was die Beziehungen zum Osten oder Westen betraf. So gesehen, können wir also aus schwedischer Sicht uns durchaus politisch der EG anschliessen, ohne die Absicht aufzugeben, in einem, wenn auch nur äusserst theoretisch denkbaren, zukünftigen Konflikt neutral zu bleiben.

Zweitens ist, völkerrechtlich gesehen, der Beitritt zur EG unter gewissen Voraussetzungen durchaus mit der Neutralität vereinbar. Per Cramér, Dozent an der Juristischen Fakultät der Universität Göteborg, ist in dem Sammelband «Svensk Neutralitet, Europa och EG (utrikespolitiska Institutet, Stockholm 1990)» dieser Frage nachgegangen und kommt zu dem Ergebnis: «... Wenn Schweden wünscht, auch weiterhin de facto an

einer dauernden Neutralität festzuhalten und das für diese selbstgewählte Politik nötige Vertrauen zu bewahren, kann es... nur unter Vorbehalt hinsichtlich der Verpflichtungen durch das Neutralitätsrecht und der neutralitätspolitisch als notwendig erachteten Rücksichtnahme an der Zusammenarbeit in der EG teilnehmen.»* Er behandelt hier allerdings die ständige Neutralität, aus der sich möglicherweise besondere Forderungen ergeben.

Im selben Sammelband macht Erik Belfrage, Botschafter in der Aussenhandelsabteilung des Aussenministeriums geltend, dass die EG aufgrund ihrer jetzigen Satzungen akzeptieren kann, dass ein Mitglied an seinen neutralitätspolitischen Bestrebungen festhält. Er verweist unter anderem auf die Artikel 223–225, nach denen einzelnen Mitgliedstaaten das Recht zusteht, falls der internationale Frieden und die Sicherheit bedroht sind, diejenigen wirtschaftlichen Massnahmen zu ergreifen, die ihre Sicherheit erfordert.

Aufgrund der jetzt geltenden Verträge dürfte also die Mitgliedschaft eines neutralen Staats möglich sein. Die Bemühungen um die Bildung einer «Europäischen Politischen Union» (EPU) gehen weiter, weshalb nicht ausgeschlossen werden kann, dass eine Situation eintritt, die auch hinsichtlich der Verteidigung Zusammenarbeit erfordert, doch so weit sind wir noch nicht. Der sehr weitgehende holländische Vorschlag um die Monatswende September/Oktober 1991 für eine Entwicklung der EPU wurde von einer grossen Mehrheit verworfen. In seiner Rede am 14. Juni 1991 im Reichstag formulierte der Ministerpräsident die schwedische Auslegung:

«... Die Regierung ist der Auffassung, dass Beschlüsse der EG, auch wenn man, damit sie zustande kommen, neue Formen der Zusammenarbeit entwickelt, so gefasst werden, dass sichergestellt ist, dass jedes einzelne Mitglied seine prinzipielle Sicherheitspolitik verfolgen kann. Nach Beurteilung der Regierung ist der Beitritt zur EG mit den Verpflichtungen der Neutralitätspolitik zu vereinbaren ...»

Realistisch

Damit zur letzten Frage: Ist es realistisch, als Mitglied der EG zu versuchen, eine «Neutralitätspolitik» zu führen? Hier besteht Anlass nachzudenken. Wie gezeigt, ist schwedische Neutralität nur im Zusammenhang mit einem Kriegsfall aktuell. Dabei kommt es darauf an, dass wir als neutraler Staat nicht eine kriegführende Partei zum Nachteil der anderen zu unterstützen. Nach Cramérs Auslegung von Artikel 6 der Dreizehnten Haager Konvention (Neutralitetsbegreppet, Norstedts, Stockholm 1989) ist es einem neutralen Staat untersagt, die Kriegführenden finanziell zu unterstützen, und er ist verpflichtet zu verhindern, dass die Kriegführenden sein Territorium zum eigenen Vorteil nützen.

Sollte der Fall eintreten, dass die EG oder einer ihrer Mitgliedstaaten mit einem Nichtmitglied in einen Krieg verwickelt wird, das direkt an schwedischem Gebiet interessiert ist, ergibt sich folgendes Problem: Ist es wahrscheinlich, dass dieser Kriegführende glaubt, dass der EG-Staat Schweden sich während des Konflikts strikt neutral verhält? Kann es uns gelingen, glaubwürdig zu machen, dass wir trotz enger Zusammenarbeit in wirtschaftlichen, politischen, juristischen, kulturellen und nicht zuletzt sicherheitspolitischen Fragen mit einem der Kriegführenden so auftreten werden, dass er während des Konflikts nicht begünstigt wird? (Laut der Regierungserklärung wollen wir ja «ein vollwertiges Mitglied» der EG werden.) Es *ist daher fraglich, ob wir im Frieden einer Allianz angehören können und gleichzeitig glaubwürdig bleiben, wenn wir erklären, uns im Kriegsfall strikt neutral zu verhalten.* Hier sei an die anhaltende Diskussion darüber erinnert, dass die Sowjetunion bereits früher gemeint hat, Schweden werde in einem eventuellen Konflikt mit dem Westen zusammenarbeiten.

Es kann uns also passieren, dass die kriegsvorbeugende Wirkung, auf die eine militärische Zusammenarbeit abzielt, verlorengeht und wir gleichzeitig durch unser Auftreten unsere Stellung als neutraler Staat untergraben haben. Damit könnten wir tatsächlich selber dazu beitragen, das Risiko zu erhöhen, von einer der kriegführenden Parteien angegriffen zu werden, um durch einen Präventivangriff den Nachteilen vorzubeugen, die ihr unsere vorausgesetzte nicht neutrale Haltung bringen würde. Daraus folgt, dass wir, solange wir als Mitglied der EG um «Allianzfreiheit, die auf Neutralität im Krieg hinzielt» bemüht sind, auch Zweifel an unserem *Willen* hervorrufen, diese Neutralität im Falle eines Konflikts wirklich durchzusetzen. Das müssen wir dadurch ausgleichen, indem wir nachdrücklich unsere *Möglichkeit* demonstrieren, es zu tun, d.h. indem wir eine eigene starke Verteidigung aufbauen. Auch hier stehen wir vor einer pädagogischen Herausforderung, nämlich in einem abrüstenden Europa die Notwendigkeit einer starken schwedischen Verteidigung erklären zu können. Sie wiederum setzt eine gewisse Erhöhung des schwedischen Verteidigungshaushalts und eine durchgreifende Umstrukturierung der Verteidigung voraus.

Werden die Probleme und irritierenden Momente, die sich, wie man voraussehen kann, daraus ergeben, dass man in der Allianz einen Vorbehalt zugunsten der Neutralität macht, durch die zu erzielenden Vorteile aufgewogen? Zumal da diese Vorteile nicht eindeutig auszumachen sind. Da auch Finnland wahrscheinlich um Beitritt zur EG ersuchen wird, hat der Wunsch, die nordische Stabilität nicht zu schwächen, erheblich an Gewicht verloren.

Auch wenn wir also unsere sicherheitspolitische Linie unverändert beibehalten ***wollten*** *und vielleicht sogar* ***könnten,*** *ist zu fragen, ob wir es* ***sollten.*** Je mehr sich die Zusammenarbeit innerhalb der EG entwickelt, desto fragwürdiger wird die schwedische Neutralitätspolitik, sie wird immer irrelevanter werden, und gleichzeitig werden die Anforderungen an die Verteidigungskraft steigen. Der Umstellung, auch eine verteidigungspolitische Zusammenarbeit zu bejahen, wird sicherlich ein mühsamer pädagogischer Prozess vorauszugehen haben, aber entwickelt sich die EG wie gedacht, ist sie früher oder später unausweichlich. Um als Nation nicht an Glaubwürdigkeit zu verlieren und um Reibungen in den Beziehungen zu den anderen EG-Staaten zu vermeiden, würde dieser pädagogische Prozess am besten schon jetzt eingeleitet. ■

***Anmerkung**

1. Vorbehalt hinsichtlich der Anwendung von Artikel 6:1 in der Satzung der Europäischen Investitionsbank für den Fall, dass einem kriegführenden Staat Kredite bewilligt werden.
2. Vorbehalt hinsichtlich der Bestimmungen der Römischen Verträge über eine gemeinsame Transportpolitik, was Transporte von und nach einem von einer kriegführenden Partei kontrollierten Gebiet betrifft.
3. Vorbehalt hinsichtlich der Verpflichtung, sich an aufgrund von Artikel 113 der Römischen Verträge beschlossenen wirtschaftlichen Sanktionen zu beteiligen.
4. Falls einer der Mitgliedstaaten der EG Krieg führt, Suspension von den Bestimmungen der Römischen Verträge und des CECA-Vertrages über die Zollunion, die Freizügigkeit von Personen und die gemeinsame Aussenhandelspolitik.